

Joey und das Känguru



Das neue Duo an der AStA-Spitze: Saskia „Joey“ Strasdat (li.) und Marcus Lamprecht von der GHG. (Foto:ska)

Die Studierendenschaft der Universität Duisburg-Essen (UDE) hat einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) gewählt. Nach der konstituierenden Sitzung im Parlament lenkt nun eine Koalition aus der Linken Liste, den Grünen und den Jusos die Geschicke. Dabei durfte sich nicht nur der neue Vorsitzende über Stimmen aus der überraschend handzahmen Opposition freuen.

Das Studierendenparlament (StuPa) der UDE war einmal ein Ort der politischen Kontroversen, der Machtspielchen und manchmal sogar der gepflegten Pöbelei. Diese Zeiten scheinen weitestgehend der Vergangenheit anzugehören, nimmt man die erste Sitzung des Gremiums nach der Neuwahl als Stimmungsbarometer. Die Kontrahent*innen schonten sich und ihre Nerven, stand doch wieder einmal eine lange Nacht im Sitzungssaal an.

Ein wenig wehmütig wurde es zu Beginn: Julia Wenzel und Felix Lütke verabschiedeten sich als AStA-Doppelspitze und wechselten ins Stupa-Präsidium. „Fühlt sich ein wenig so an wie in Rente zu gehen“, resümierte Wenzel. Politisch entlastet wurde die Arbeit unter ihrer Leitung nur mit fünf Gegenstimmen des RCDS. Die beiden „alten Hasen“ der Hochschulpolitik machen jetzt Platz für einen neuerlich grün-gemischteschlechtlichen Vorsitz.

Sympathisches Beuteltier

Marcus Lamprecht durfte sich mit 26 Ja- und zehn Nein-Stimmen der 36 anwesenden Parlamentarier*innen in seiner Kandidatur mehr als bestätigt fühlen. Ganze fünf Stimmen konnte er aus der Opposition ergattern, was ihn für die folgende Sitzung ganze fünf Kästen Bier für seine AStA-Kolleg*innen kostet. Phillip Rosenau von der Juso-Hoch-

schulgruppe hatte dafür auch eine Erklärung parat. „Marcus ist sicher einer der Grünen, mit denen sich die meisten anfreunden können. Zwischenmenschlich ist der über jeden Zweifel erhaben“, lobte der Jungsozialist. Nicht zuletzt auf dem letzten Campusfest im Sommer konnte Lamprecht dies unter Beweis stellen. Als Känguru kostümiert sorgte er für Erheiterung vor und hinter der Bühne. Nach zwei Jahren als Referent für Ökologie und Mobilität stößt der 26-Jährige nun in die erste Reihe vor.

Vorgenommen hat er sich einen kämpferischen AStA zu leiten, ebenso wie der weibliche Part der Doppelspitze. Saskia Strasdat wurde mit den 21 Stimmen der Koalition ins Amt gehoben. Sie wünscht sich mit Joey angesprochen zu werden und will die Gleichberechtigung auf dem Campus weiter vorantreiben. Als Finanzier steht dem Vorsitz der erfahrene Markus Uhle zur Seite, der sich ebenfalls über vier Stimmen (vier Kästen) der Opposition freuen durfte. Auch die Wahlen der restlichen Referent*innen liefen weitgehend störungsfrei, insgesamt gab es 32 Stimmen für den neuen Studierendenausschuss, von Stimmzetteln aus der Opposition. Richtig in die Mangel genommen, wie sonst auf konstituierenden Stupa-Sitzungen üblich, wurde auch kaum einer der Referent*innen.

Kuschelweiches Parlament

Ganz schön flauschig dieses neue Parlament: Höchst selten flackerten die alten Rivalitäten und Meinungsverschiedenheiten auf. Insgesamt drei neue Stellen in den Bereichen Hochschulpolitik, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit wurden geschaffen – unter dem Protest von Unabhängigen Demokraten, RCDS und der Liberalen Hochschulgruppe. Insbesondere der RCDS warf dem AStA vor, die Zahl der Referent*innen unnötig immer weiter aufzublähen und sich stetig neue Stellen zu genehmigen, ohne dafür sachliche Begründungen zu liefern. Ein wahrlich rotes Tuch für Kultur-Referentin Mandy „Penny“ Kubale von der Linken Liste: „Wenn ich mir die Taschen vollstopfen wollte, würde ich sicher nicht für diesen Verein hier arbeiten“, kommentierte sie trocken.

Es bleibt abzuwarten ob die Opposition den friedlich-frisch gewählten AStA-„Verein“ auch in den kommenden Monaten weitgehend kritiklos gewähren lässt. Beim Großprojekt KKC-Rückeroberung könnte es im Stupa dann auch wieder kontrovers werden. [ska]

Wohnen wird teurer?



Grundsteuer B: Die Mieten werden im kommenden Jahr wieder erhöht. Wie das Ganze miteinander zusammenhängt, erfahrt ihr auf Seite 3.

Lässt sich Protest verbieten?



Klimademonstrant*innen aus der ganzen Welt gingen am vergangenen Wochenende zum UN-Klimagipfels trotz Versammlungsverbot auf die Straßen. Seite 6

Wie groß ist der Einfluss der Hannelore K.?



Das NRW-Wissenschaftsministerium soll Druck auf die UDE gemacht haben: Es geht um die befristete Stelle einer Mitarbeiterin. Seite 7

aktuell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zum Kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de

Winterpause!

Die aktuell verabschiedet sich in die Winterpause. Die nächste Ausgabe dieser Zeitung erscheint erst wieder im Januar. Die Redaktion wünscht dir und euch eine schöne vorlesungsfreie Zeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Groß, größer, Vonovia

Kommentar

Ideologiefreie Studierendenvertretungen?

Während an der UDE vor allem politische Listen zur Wahl des Studierendenparlaments antraten, sah das in Bochum in der vergangenen Wahlwoche anders aus. Listen wie die NaWi, ReWi, GeWi und WiWi, die oft einen ideologiefreien Anschein erwecken wollen, traten neben selbsternannten politischen Listen wie der Linken Liste, einer links-grüne Hochschulgruppe oder auch der Juso HSG an. Seit 2012 wird der Bochumer AStA von den Listen NaWi, GeWi, IL und der Juso HSG gestellt. Bei der Wahl in der vergangenen Woche konnten diese Listen wieder eine Mehrheit mit 20 von 35 Sitzen im Studierendenparlament erringen und werden künftig wohl wieder den AStA stellen. Aber: Geht das? Studentische Selbstverwaltung „frei von Parteilichkeit, ohne ideologische Verblendung und orientiert an den tatsächlichen Interessen/Bedürfnissen der Studis“, wie die Liste GeWi über sich in der :bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung schreibt?

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Nein. Denn Entscheidungen, die ein AStA fällt, sind immer auch ideologischer Natur. Im Sommer 2012, nachdem der links-grüne AStA von Juso HSG, NaWi, GeWi, IL abgelöst wurde, sorgte beispielsweise die konservative Forderung nach einer Extremismusklausel für geförderte Initiativen für großen Unmut in der linken Bewegung in Bochum. Auch die Unterstützung von kommerziellen Unternehmen durch die Studierendenschaft, wie nextbike, dem Betreiber des Fahrradverleihs Metropolrad Ruhr, ist kritisch zu sehen. Linke ASten würden sich einem Deal mit einem kommerziellen Unternehmen verweigern. Statt studentische Kultur zu fördern, beschloss der AStA (immer noch Juso HSG, NaWi, GeWi, IL) zudem im Wintersemester 2013/14 eine Theaterflatrate für das Bochumer Schauspielhaus zu finanzieren. Während das eigentlich Aufgabe der Stadt Bochum ist, zahlen jetzt Studierende die Zeche. Sowohl für den Vertrag mit nextbike sowie für die Theaterflatrate wurde bei einer Urabstimmung Anfang 2014 das nötige Quorum nicht erreicht.

Statt davon zu reden, dass man sich an tatsächlichen Interessen der Studierenden fern von jedweder Ideologie orientieren würde, sollte der AStA in Bochum zugeben: Ja, wir machen Politik. Und diese ist eben im konservativen Mainstream zu verorten. Denn ideologiefrei sind die Entscheidungen der Studierendenvertreter*innen keinesfalls. [mac]



Schlechtes Image, neuer Name: Die Vonovia SE führt die Expansionspolitik fort. (Foto: mac)

Einige Studierende werden den Namen „Deutsche Annington SE“ im Mietvertrag und Nebenkostenabrechnung stehen haben: Das Bochumer Unternehmen, das sich im September 2015 in „Vonovia SE“ umbenannte, ist der größte private Vermieter Deutschlands. Etwa 370.000 Wohnungen besitzt der Immobilienrie-se bereits – durch eine Übernahme des zweitgrößten Immobilienunternehmens, der Deutsche Wohnen AG, sollen es bald sogar über 500.000 werden. Das Mieterforum Ruhr, die Arbeitsgemeinschaft der Mietervereine in Bochum, Dortmund, Witten und Essen, kritisiert die Übernahmepläne scharf.

Es ist der Kampf der großen Fische im Immobilienreich: Die drei größten privaten Vermieter*innen versuchen sich gerade gegenseitig zu fressen. Genauer: Die Vonovia will die Deutsche Wohnen AG mit lukrativem Wohnungsbestand in Berlin übernehmen. Die Deutsche Wohnen AG (DeuWo AG, 144.000 Wohnungen) wollte jedoch ihrerseits nicht ein Teil sondern Konkurrent von Vonovia werden: Sie wollte mit der LEG Immobilien (110.000 Wohnungen) fusionieren. Gemeinsam hätte man zweitstärkster Vermieter in Deutschland werden können. Im Oktober zog die DeuWo AG die Pläne jedoch zurück. Jetzt besorgt die Vonovia Kapital und hat der DeuWo AG, mit großer Zustimmung der Eigner*innen, eine Kaufofferte im Gesamtvolumen von 14 Milliarden Euro gemacht. Das Bundeskartellamt hat dem größten deutschen Übernahmedeal in der Immobilienbranche bereits zugestimmt.

Was bedeuten diese Übernahmeschlachten – so titelten zahlreiche Wirtschaftsblätter – für die Mieter*innen? Bereits jetzt sind über eine Millionen Menschen Mieter*innen der Vonovia, vormals Deutsche Annington. In der Vergangenheit gab es immer wieder scharfe Kritik an der Deutschen Annington: Mangelnde Instandsetzung der Wohnungen sowie intransparente oder unzulässige Nebenkostenabrechnungen wurden dem Vermieter-

riesen vorgeworfen. „Es würden immer wieder neue Nebenkostenarten eingeführt, die keine Serviceverbesserung für die Mieter brächten, wie zum Beispiel Baumerfassungen“, so das Mieterforum Ruhr. Das Image war über Jahrzehnte so angekratzt, dass das Unternehmen nach der Übernahme der Mülheimer Gagfah nur einen Weg sah: neuer Name auf den Briefkopf und neues Schild vor die Firmenzentrale.

Massenmodernisierung für den Profit?

Mit neuem Namen führt die Vonovia die Expansionspolitik des Unternehmens weiter fort. Von ehemals 65.000 Wohneinheiten im Jahr 2001 ist das Unternehmen zum größten privaten Spieler auf dem Immobilienmarkt gewachsen. Diese Macht nutzt das Unternehmen: Die eigene Handwerks-Tochtergesellschaft, die Deutsche TGS, führt die Arbeiten an den Mietwohnungen durch. Die Gesellschaft umgehe das ansässige Handwerk, sei nicht tarifgebunden und erwirtschaftet zunehmend Gewinne für die Konzernmutter, kritisiert dagegen das Mieterforum Ruhr. Die Arbeitsgemeinschaft moniert die Durchsetzung von mieterhöhungswirksamen Standard-Modernisierungen zu Dumping-Löhnen.

Reste-Rampe Ruhrgebiet?

Durch die Fusion mit der Deutschen Wohnen AG könnte die Vonovia künftig den Fokus auf den Großraum Berlin setzen. „Die LEG hatte kürzlich knapp 14.000 Wohnungen mit geringerem Standard von der Vonovia erworben. Mieterforum Ruhr befürchtet, dass die LEG zur Reste-Rampe der Vonovia wird, während diese selbst auf ein höherwertiges Segment setzt“, so Martin Krämer vom Mieterforum Ruhr. Der Kaufpreis für die etwa 13.800 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen soll um die 600 Millionen Euro liegen. Eine Bestätigung des Kartellamts steht noch aus. Das Mieterforum Ruhr befürchtet insgesamt: „[D]ass sich der aggressive Wachstumskurs der Vonovia nachteilig auf die soziale Wohnungsversorgung auswirkt.“ [mac]

B für besonders teuer

Die Mieten steigen: Ein Thema, das ungefähr einmal im Quartal in den Nachrichten aufgerollt wird. Doch jetzt hat das Böse sogar einen Namen: „Grundsteuer B“ – so der Name, der nicht nur Mieter*innen und Vermieter*innen, sondern auch Hausbesitzer*innen in den Wahnsinn treibt.

Seit einigen Jahren nun steigen die Mieten in den Wohnungen. Nicht nur in Trendbezirken wie Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-Sternschanze. Sogar in NRW erfahren die Einnahmen vieler Kommunen aus der Grundsteuer einen drastischen Anstieg. Dennoch müssen sich Hausbesitzer*innen, Mieter*innen und Vermieter*innen nun auf eine noch höhere finanzielle Belastung gefasst machen. Bis zum Jahresbeginn 2016 sollen Städte und Gemeinden über eine Erhöhung der Grundsteuer B debattieren. Unterschieden wird hier zwischen der Grundsteuer A (agrarisches – für Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft) und Grundsteuer B (baulich – für bebaute oder bebaubare Grundstücke). Die Berechnungsgrundlage bilden von den jeweiligen Finanzämtern festgestellte Einheitswerte, die in Prozentpunkten dargestellt werden. Laut der Deutschen Industrie- und Handelskammer liegt beispielsweise Duisburg mit 855 Punkten im oberen Feld, während die Stadt Essen 670 Punkte zählt. Die Erhöhungen setzen sich derzeit aus einem festgelegten Grundsteuermessbetrag und dem damit multiplizierten Hebesatz zusammen. Das Problem sei daran, dass diese Einheitswerte von Haus zu Haus unterschiedlich groß seien. Grund dafür: unterschiedlich große Sanierungen. Wenn beispielsweise ein Haus eine Energiesanierung mit Baugenehmigung benötigt (Fenster, Dämmung und weiteres), wird vom Finanzamt immer wieder ein neuer Einheitswert festgelegt. Bei nicht sanierten Altbauten oder nicht genehmigungspflichtigen Sanierungen bleibe der Wert aber gleich.

Das Resultat: schwankende Grundsteuersätze und unterschiedlich hohe Nebenkosten für Mieter*innen. Mietervereine und Initiativen fordern durch die unterschiedlich stark steigenden Belastungen nun ein gerechteres Berechnungsmodell. Denn nehme man die Erhöhung der Grundsteuer und die auf die Mieter*innen umgelegten Sanierungskosten zusammen, könnten weitere Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt werden, da sie diese Ausgaben nicht tragen können.

Erhöhung der Nebenkosten

Prozentpunkte schön und gut, aber was genau heißt das nun für die Mieter*innen? Zunächst wird die Grundsteuer B von Hausbesitzer*innen und Eigentümer*innen bezahlt. Tatsächlich ist es aber so, dass diese aufkommenden Summen auf die Nebenkosten draufgeschlagen werden können. Somit würden Mieter*innen diese Grundsteuererhöhung tragen müssen.



Mit dem kommenden Jahr steigen auch die Mieten wieder. (Foto: bjg)

Bestätigt wurde diese Umlage bereits im September durch das Verwaltungsgericht Köln. Begründet wurde die Entscheidung dadurch, dass Gemeinden bei der Festsetzung der Hebesätze (also der Erhöhung der Grundsteuer) genug Spielraum zur Verfügung hätten. So kam es beispielsweise dazu, dass der Prozentpunktsatz in Siegburg von 460 auf 790 stieg – Grund dafür sei die Sanierung des eigenen Haushalts gewesen. Dieser Schritt sei aber weder unverhältnismäßig noch willkürlich geschehen, so die Richter*innen.

Steigerungen bereits in vergangenen Jahren

Auf der anderen Seite können Kommunen von solchen hohen Steuersätzen profitieren, wie ein Bericht des Statistischen Landesamtes zeigt. Bereits im ersten Halbjahr des Jahres 2015 stiegen die Einnahmen aus der Grundsteuer B im Lande Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu 2014 um sieben Prozent an. Seit 2010 seien es sogar 21 Prozent gewesen. Die Stadt Duisburg konnte innerhalb eines Jahres um 20 Prozent auf 58 Millionen Euro steigen, leider jedoch nur mit dem bisher höchsten Hebesatz in NRW. 2010 seien die Beträge rund 72 Prozent, also 42 Millionen Euro, niedriger gewesen. Um dem Erhebungsirsinn der Kommunen ein Ende zu setzen, fordert nun der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen eine Kostenbremse, die als Begrenzung der Grundsteuer gelten soll.

Steuerzahlerbund gegen Kommunen

Die Forderungen des Bundes der Steuerzahler sehen so aus: Es soll eine Grundsteuerbremse eingeführt werden, die analog zum sozialen Mietrecht verläuft, so Markus Berkenkopf im Interview mit der Lokalzeit. Das bedeute konkret, dass die Kommunen und Gemeinden die Steuer um maximal 20 Prozent anheben dürfen, so Berkenkopf weiter. Am Beispiel der Stadt Witten sei die Erhebung sehr deutlich und präzise in Zahlen zu fassen: Während ein Haus mit acht Mietparteien momentan jeweils 307 Euro jährlich zahlt, könnte es dazu

kommen, dass sie im Jahr 2016 rund 404 Euro zahlen müsse. Das sind insgesamt knapp 100 Euro und gut 32 Prozent mehr. Damit würden insgesamt jährliche Mehreinnahmen von rund 7,5 Millionen Euro erreicht werden. Ginge dieser Beschluss durch, wäre die Grundsteuer in Witten in den letzten vier Jahren um mehr als 94 Prozent gestiegen – Experten sprechen hier von einer „Grundsteuer-Explosion“, die nicht gerechtfertigt sei, äußern sich Initiativen gegen die Erhöhung.

Die Gründe für eine solche Erhöhung können verschieden sein: Zum einen steht eine Sanierung des Haushalts an, zum anderen kann die Sparpolitik in einem bestimmten Bezirk fehlschlagen, sodass neben Einsparungen auch Steuererhöhungen an der Tagesordnung stehen. Zahlreiche Verbände von Mieter*innen und Vermieter*innen kritisieren vor allem das Berechnungsmodell der Grundsteuer. Zunächst höre sich alles sehr sozial an, im Endeffekt sei es aber eher kontraproduktiv. So sehr, dass sich in Hattingen nun Verbände zusammenschließen, um eine Erklärung gegen die Berechnung der Grundsteuer vorzubereiten und abzugeben.

Nun stellt man die Mieter*innen, Vermieter*innen und Hauseigentümer*innen vor die Qual der Wahl. Werden die Umlagen durchgesetzt und die Nebenkosten für Mieter*innen steigen, müssen diese letztendlich die anfallenden Kosten zahlen. Die einzige Alternative sei ein Verzicht auf Modernisierungen und Sanierungen in den Häusern. Die Frage ist nur, wie weit diese Umlagen in Zukunft steigen können und dürfen. Wird nicht bald ein Zeichen dagegengesetzt, so lassen sich Grundsteuer- und somit auch Nebenkostensteigerungen in Zukunft weiterhin durchsetzen. Darüber hinaus ist unklar, wie sich die anstehenden Erhebungen beispielsweise auf soziale Wohnbauten auswirken werden. Sollten diese Umlagen von Mieter*innen der Sozialbauten getragen werden müssen, wäre die Wohnsituation für viele Menschen nicht mehr gesichert und leerstehende und gleichzeitig unbezahlbare Wohnungen das Resultat. [bjg]

Leidkultur

Letzte Hoffnung Leitkultur? Bassam Tibi brachte den Begriff in einen neuen Kontext: Der deutsch-syrische Politikwissenschaftler sah darin die Chance für eine erfolgreiche Integration. Inzwischen durfte der anfangs besonders von Linken gefeierte Politologe sein Büro an der Universität Göttingen räumen. Und trotzdem möchte man das unschöne Wort in Politik und Medien immer noch nicht aufgeben. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter dem rechten Terminus fürs Deutschsein? Die Aufforderung zur Assimilation an was genau? Vier Student*innen bewerten das Konstrukt.

Erstmals erwähnte Bassam Tibi den Begriff in den 90ern. Wirkliche Aufmerksamkeit erhielt er allerdings erst während der Flüchtlingsdebatte im Jahr 2000. Ziel: Eine Integrationsstrategie. Seine tatsächliche Lösung: Ein schwammiges Konzept einer Bürger*innenidentität, die notwendig für ein demokratisches Gemeinwesen sei. Mit der Idee „Leitkultur“ sei das Gegenteil von einer multikulturellen Gesellschaft gemeint. Da gehen die Meinungen dann auseinander: Für die einen bilden Sprachinseln und religiös-kulturelle Vereine einen Schritt hin zur (Binnen-)Integration. Andere sehen darin die Ursache für Parallelgesellschaften. Der Gründer des theoretischen Modells der Leitkultur, Bassam Tibi, schließt sich Letzterer an. Deshalb empfiehlt er eine kulturelle Anleitung zum guten Leben in Deutschland.

Tibis Taktik: Assimilation statt Partizipation

Angelehnt an den Verfassungspatriotismus von Jürgen Habermas und Dolf Sternberger verfolgt Tibi den Wunsch, dass Bürger*innen ein Gesetz ausführen, weil sie sich damit identifizieren können. Nicht etwa, weil sie einer Minderheit angehören und es müssen. Sprich Moral, Tugenden, Traditionen und das politische Gemeinwesen dahinter sollen verstanden und diese Modalitäten angenommen werden. Dass das kulturelle Regelwerk eher einem Zwang als einer Identifikation entspricht, scheint ihm nicht aufgefallen zu sein.

Tibis Aussage gegenüber dem Spiegel: „Wir müssen die Muslime der Moschee entziehen, um ihre Herzen zu gewinnen“, zeichnet eine klare Herr im Hause-Mentalität ab. Zudem spricht Tibi damit muslimischen Menschen das Grundrecht auf freie Religionsausübung ab. An der Aussage kann man außerdem erkennen, dass ihm besonders die Religionsausübung ein Dorn im Auge ist. Der Politikwissenschaftler meint, man solle sich eher an Frankreich, einem laizistischen System orientieren, bei dem die Religion vom Staat getrennt wird. Diese Trennungsmodelle können unterschiedlich ausgeprägt sein. Bassam Tibi zieht ein striktes Verbot der Religionsausübung



„Es gibt keine richtige Lebensweise, die vorgegeben werden kann“, sagt Politikwissenschaftsstudentin Mara.

im öffentlichen Raum vor. Darüber hinaus sollen sich Migrant*innen der Anleitung zum „Deutschwerden“, also deren Modalitäten, unterordnen.

Bildung statt Vaterunser

Angeprangert wird der Politikwissenschaftler wegen der fehlenden Toleranz in seinem theoretischen Konzept. Abgesehen davon: Was könnte eine deutsche Leitkultur ausmachen? Wie würde das genau in der Praxis aussehen? Was genau könnten denn „deutsche Werte“ sein? Und wieso sollten diese ein „Muss“ für das demokratische Gemeinwesen sein? aktuell hat nachgefragt:

Politikwissenschaftsstudentin Mara Beckmann lehnt den Begriff Leitkultur eher ab. „Er beinhaltet etwas Herrisches“, erklärt sie und ergänzt: „Es gibt keine richtige Lebensweise, die vorgegeben werden kann.“ Ein Grund dafür sei der Prioritätenwandel der Menschen. Lebensstilpräferenzen würden sich von Generation zu Generation verändern. „Ich habe beispielsweise den Religionsunterricht in der sechsten Klasse abgewählt. Sowas wäre für meine Großeltern ja nicht in Frage gekommen“, ergänzt die Studentin. Deshalb würde sie die in diesem Zusammenhang bezeichneten Werte auch eher als Interessen und Hobbys einordnen. „Wenn jemand das Vaterunser nicht aufsagen kann, liegt es höchstwahrscheinlich daran, dass diese Person sich nicht dafür interessiert“, ergänzt sie. Zudem gäbe es, wenn man diese denn ernstnehmen wollte, zahlreiche negative Eigenschaften des Deutschseins. „Typisch könnte ja auch das Motto ‚Geiz ist Geil‘ sein. Ich denke nicht, dass solche Werte ein Zusammenleben erleichtern würden“, sagte sie schmunzelnd. Für sie schafft diese Anleitung nur eins: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. „Wenn man jetzt



„Wovon man sich endlich mal verabschieden sollte, ist das blödsinnige Gäste-müssen-sich-anpassen-Gefasel á la Claus Leggewie“, sagt Student Yannick.

anfängt, Stempel zu verteilen, verbessert man das Zusammenleben nicht unbedingt. Gerade zu Zeiten von Pegida“, beteuert die Studentin. Wie Goethe bereits festgestellt habe sei, „Nationalhass“ eine Folge von mangelnder Kultur. Die höchste Stufe von Kultur sei nationale Grenzen zu überwinden. Auch für Mara ist es in jedem Fall eine Frage der Bildung: „Ein Land, das sich chronisch unterfinanzierte Bildungseinrichtungen und akuten Lehrermangel leisten kann, sollte keine Gedanken über eine Leitkultur verschwenden.“

Integrationsziel

Bereits acht Jahre lang lebt Yannick Podschlapp nicht mehr in Deutschland und studiert derzeit in London Internationale Wirtschaft und Entwicklung. Abgesehen von Besuchen bei seinen Eltern verbringt er kaum noch Zeit in seinem Geburtsland. Dass er als Deutscher irgendwelche besonderen Eigenschaften habe, die für ein demokratisches Gemeinwesen erforderlich seien, ist ihm neu. Stattdessen verdächtigt er diese als Klischees. „Von Deutschen erwartet man beispielsweise Pünktlichkeit – was lange nicht auf jeden zutrifft“, ergänzt er. Für Integrationsprobleme, welche überhaupt erst zu dem Gedanken einer Leitkultur führen könnten, habe er eine viel einfachere Lösung: „Wovon man sich endlich mal verabschieden sollte, ist das blödsinnige Gäste-müssen-sich-anpassen-Gefasel á la Claus Leggewie. Eine freie Gesellschaft lebt von pluralen Identitäten und Lebensentwürfen.“ Kulturelle Unterschiede als Ursache für Parallelgesellschaften heranzuziehen, sei zu vereinfacht. „In London leben so viele Menschen aus verschiedenen Ländern ohne irgendeine kulturelle Anleitung zusammen und trotzdem funktioniert es relativ gut“, betont er. Anstatt also einen Leitfaden fürs



„Das Grundgesetz spiegelt zwar eine Werteordnung wieder. Aber selbst über deren Interpretation streiten und diskutieren wir täglich“, sagt Rechtsanwältin Wambui.

Deutschwerden zu entwerfen, sollte man sich mit allgemeingültigen Werten wie der Chancengleichheit auseinandersetzen. „Aus meiner persönlichen Erfahrung gibt es hier immer noch Hemmungen, Englisch zu sprechen. Eine geteilte Sprache ist der Zugang zum Alltagsleben. Organisation ist da viel wichtiger als irgendwelche längst überholten Traditionen oder Sitten.“ Schließlich sei ein Job und die Möglichkeit ein selbstständiges Leben zu führen das eigentliche Ziel: „Ein funktionierendes Gemeinwesen bemisst sich ja nicht an Mitgliedschaften in Kegelclubs oder Schützenvereinen. Da würde ja niemand heute freiwillig noch einen Fuß reinsetzen.“

Universelle Werte und Sonderregelungen

Kai Wambui Mutugi lebt zurzeit in England. Urlaube in Deutschland haben ihren Wunsch herzuziehen ausgelöst. Ein Handbuch über kulturelle Vorschriften, die sie für ein gutes Leben vor Ort benötigt, hält sie für absurd. Abgesehen von deftiger Küche und dem Oktoberfest fällt ihr auf Anhebung auch nichts typisch Deutsches ein. Bedingt durch die Geschichte der Menschheit könnte man einen Fundus universeller Werte festlegen, die eine Art Leitkultur darstellen. „Freiheit, Gleichheit und die Achtung der menschlichen Würde sollten immer fester Bestandteil einer Kultur sein. Diese sind aber allgemeingültig, nicht an Nationen gebunden“, erklärt sie. Eine Leitkultur, Verordnungen von oben, die einen offiziellen Anstrich hätte, bräuchten freie Gesellschaften nicht. Und selbst bei den häufig von Politiker*innen genannten Grundgesetzen, die dieses Konzept verkörpern könnten, tut sie sich schwer: „Das Grundgesetz spiegelt zwar eine Werteordnung wieder. Aber selbst über deren Interpretation



„Für ein integriertes Leben hier muss ich einen Teil meiner Kultur aufgeben“, sagt Studentin Kanchan.

streiten und diskutieren wir täglich, ganz egal wo auf der Welt“, ergänzt sie.

Hinzu kommt der tatsächliche Umgang mit Werten. Ob alle Macht wirklich vom Volke ausgeht? „Wenn sich zum Beispiel ein VW-Manager über die Gesetze stellen kann entspricht das Gerede von dieser so wichtigen Werteordnung ja nicht der Realität“, ergänzt Wambui. Im Falle der momentanen Flüchtlingszuwanderung plädiert sie aber für Sonderrechte: „Menschen die einer Unterdrückung entfliehen, sollten nicht in die Nächste fallen.“

Akzeptanz

Kanchan Dulal ist gebürtige Nepalesin und studiert in Kleve Bioengineering. Obwohl es für sie nur logisch ist, dass es an den mannigfaltigen Gebieten auf der Welt unterschiedliche Sedimente an Erfahrungen gibt und man daher auf verschiedene Werte und Normen rückschließen könnte, verneint sie das Konzept einer Leitkultur. Stattdessen wünscht sie sich da mehr Offenheit. „Für ein integriertes Leben hier muss ich einen Teil meiner Kultur aufgeben“, sagt sie. „Ich habe nepalesische Freunde, die hier sehr unglücklich sind“, ergänzt sie. Der Grund: Fehlender Respekt und mangelnde Akzeptanz von beiden Seiten.

Möge man diese Idee von einem Wertekonens ernst nehmen wollen, sollte man diesen unabhängig von nationalen Grenzen formulieren. Ein Lösungsansatz könnte der kategorische Imperativ von Kant sein: Stets so zu handeln, dass die Maxime unseres Handels allgemeines Gesetz werden könnte. Was vereinfacht bedeutet, dass man sich so verhalten soll, wie man es sich von dem Gegenüber auch wünschen würde. [BRIT]

*Die Zitate wurden vom Englischen ins Deutsche übersetzt.

BUMMELN

Alternativer Weihnachtsmarkt



Wem 50cm-Bratwurst und glühweinseelige Kegelclubs auf dem Weihnachtsmarkt zuwider sind, der könnte es mal mit dem heiligen BimBam in Bochum versuchen. Das Kultur-Kollektiv Lunatic Circus organisiert die dritte Ausgabe des Weihnachtsfests mit Live-Bands und handgemachten Geschenkeideen für die Verwandtschaft.

➤ **Samstag, 19. Dezember, 13-22 Uhr, Hans Ehrenberg Platz, Bochum.**

BESINNLICHKEIT

Besinnliche Beatz

Der 24. Dezember: Manche hängen gerne zusammen rum, andere hauen lieber das soeben eingesackte Geld auf den Kopf. Für Letzteres bietet sich die „Holy Beatz“ Weihnachtsparty im Bahnhof Langendreer an. Das Traditionsevent hat schon einige Familientragödien am Weihnachtstag vergessen lassen und besticht mit einem musikalischen Mix aus HipHop, Dancehall und Electrobeat. Frohes Fest!

➤ **Donnerstag, 24. Dezember, ab 23 Uhr, Bahnhof Langendreer Kulturzentrum, Wallbaumweg 108, Bochum, Eintritt 7 Euro.**

BALLERN

Silvestersause

Bald steht wieder einmal Silvester an und das Druckluft Oberhausen lädt euch zum Jahreswechsel zur „Stadtkinder“-Party ein. Auf fünf Floors habt ihr die Auswahl zwischen Altstadt (Techno), Kiez (DeepHouse), Subway (Bassfloor), Westpark (Disco/House) und dem Süd-Viertel (Trash/Karaoke). Um dem Andrang gerecht zu werden und damit ihr nicht erfriert, öffnet das Druckluft gleich zwei Kassen am Abend und informiert euch über den hauseigenen Liveticker, falls es zu einem Einlassstopp kommen sollte.

➤ **Freitag, 1. Januar 2016, 1-10 Uhr, Druckluft Oberhausen, Am Förderturm 27, Eintritt: 10 Euro**

Verbot bei Widerstand zwecklos

Und sie kamen doch. Klimademonstrant*innen aus der ganzen Welt gingen am vergangenen Wochenende des UN-Klimagipfels trotz Versammlungsverbot zahlreich in Paris auf die Straßen. Ziviler Ungehorsam nennen sich solche unangemeldeten Aktionen – doch aufgrund der Masse an Menschen gab es weder ein Katz- und Mausspiel mit der Polizei noch viele Festnahmen. Paris war gefüllt von kreativen, fröhlichen und lautstarken Protesten vom Triumphbogen bis hin zum Eiffelturm.

Bienvenue à Paris: Tasche auf, Kontrolle. Dieses Prozedere scheint für die Pariser*innen ganz alltäglich. Für uns ist es zunächst befremdlich. Egal, ob man in ein Einkaufszentrum oder auf eine Mobilisierungsparty der Umweltschutzorganisation Friends of the Earth gehen möchte, Sicherheitsleute kontrollieren die Menschen vor dem Einlass gründlich. Auch sind auf den Pariser Straßen bei genauem Hinsehen vermehrt Polizist*innen oder Soldat*innen auf Patrouille. Sonst ist von dem verhängten Ausnahmezustand jedoch nicht viel zu merken.

Paris kann überall sein

Dass die geplanten Großdemonstrationen in Paris aufgrund der Terroranschläge im November verboten wurden, war ein Dämpfer für die Klimabewegung. Zahlreiche Busse wurden wieder abgesagt, nach Aktionismus war Vielen nicht zu Mute. Dann begann die 21. UN-Klimakonferenz, das Thema Klimawandel rückte wieder mehr in den Fokus der Öffentlichkeit und Aktivist*innen befürchteten, dass die Delegierten in Paris vor allem wieder eins tun: Viel reden, doch wenig zielführendes vereinbaren. Während der COP21 fanden in vielen Ländern dezentrale Klimaschutzaktionen statt, wie etwa der Global Climate March zu Beginn der Konferenz (aktuell berichtete.) Am letzten Verhandlungstag der COP21, am 12. Dezember, gab es ebenfalls in vielen Ländern Aktionen, um den Regierungen zu zeigen, dass es ohne den Protest der Klimaaktivist*innen nicht geht. So organisierte zum Beispiel die Grüne Jugend NRW einen Flashmob in Düsseldorf, der das Demonstrationsverbot in Paris kritisierte.

Demos unterm Eiffelturm

Doch die wichtigen Verhandlungen über das Klimaabkommen fanden in Frankreichs Hauptstadt statt. Und deshalb war Umweltschützer*innen der sichtbare Protest auf den Straßen Paris wichtig. Gleich an drei größeren Klimaaktionen konnten sich die Aktivist*innen am 12. Dezember in Paris beteiligen. Am Samstagvormittag sahen die Pariser einige geschäftig umherstiefelnde Kleingruppen, die unermüdlich auch durch die kleinsten Nebenstraßen der Millionenstadt wanderten. Denn sie hatten eine Mission. Von verschiedenen Punkten in Paris sendeten hunderte Gruppen ein GPS Signal ab, woraufhin in einer digitalen Kar-



te von Paris durch die GPS Standorte die Worte „Climate“, „Justice“ und „Peace“ erschienen. Die Gruppen hatten trotz leichtem Nieselregen sichtlich Spaß an der Geocaching-Aktion, luden Fotos von ihren Standorten hoch und zwitscherten Klimaslogans im Minutentakt. Das Ergebnis dieser Aktion kann unter www.climatejusticepeace.org angesehen werden.

Etwa 15.000 Menschen beteiligten sich im Anschluss um zwölf Uhr bei der unangemeldeten „Redline“-Aktion vor dem Triumphbogen. Mit roten Bannern, Fahnen, meterlangen Stoffen, Regenschirmen oder Jacken in der Signalfarbe wurde die Avenue de la Grande Armée mit einer großen, roten Linie aus Menschen markiert. Die rote Linie steht symbolisch für die Schwelle, die bei Klimafragen nicht übertreten werden darf, aber auch für die kommenden Klimaproteste in 2016, bei denen sich Aktivist*innen, wenn nötig, über rechtliche Grenzen hinwegsetzen wollen. Begleitet wurden die Demonstrant*innen von verschiedenen Blaskapellen und Trommelgruppen, sodass sich schnell aus der unangemeldeten Demo eine Klimaparty entwickelte. Menschen aus aller Welt tanzten ausgelassen zwischen riesigen Weltkugeln, CO₂-Molekülen und Eisbären, die mit Maschinengewehren bewaffnete Polizei hielt sich im Hintergrund. Um zwei Uhr mittags war dann Schluss mit zivilem Ungehorsam – die Menschenkette in direkter Nähe zum Eiffelturm wurde von den französischen Behörden genehmigt. Auch wenn die Polizei großflächig um den Eiffelturm herum abspernte, fanden sich Tausende auf dem Place Joffre zu einer dreireihigen Menschenkette ein. Auf der Abschlusskundgebung sprach unter anderem Globalisierungskritikerin und Journalistin Naomi Klein.

Klimaschutz – trotzdem noch in Kinderschuhen

Eigentlich verliefen die Verhandlungen zäh, manche sahen die „COP 21“ bereits als gescheitert an. Doch dann gab es am Abend Jubel und sogar Tränen der Rührung bei Umweltministerin Barbara Hendricks. Alle 195 teilnehmenden Länder des UN-Klimagipfels stimmten dem Klimaabkommen zu und versprechen damit besseren Klimaschutz und eine Reduktion der Treibhausgase. Das beschlossene Klimaabkommen, das vorsieht die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, erntet viel Lob – auch von Umwelt-

verbänden. Greenpeace-Klimaexperte Martin Kaiser war bis zum Schluss der Konferenz vor Ort: „Paris gibt der Welt Hoffnung. Der Kohle- und Ölindustrie gibt das Abkommen den klaren Rat: Sucht euch ein anderes Geschäftsmodell!“

Frankreichs Präsident Hollande misst dem Vertrag große Bedeutung zu: „In Paris hat es seit Jahrhunderten viele Revolutionen gegeben. Aber heute ist die schönste und friedlichste aller Revolutionen vollbracht worden, die Revolution für den Klimawandel.“ Und auch Bundeskanzlerin Merkel spricht von einem „historischen Wendepunkt in der globalen Klimapolitik.“ Diese Euphorie wird bei kritischen Stimmen jedoch auch eine „Aufbauschung“ genannt, um über die nicht beschlossenen Sofortmaßnahmen zur Emissionenreduktion hinwegzutäuschen. Denn der Unterzeichnung des Klimapaktes in Paris kann erst dann Bedeutung beigemessen werden, wenn die Länder nun konsequent auch danach handeln. Das bedeutet für Deutschland vor allem: Ein Ausstieg aus der Kohleenergie bis spätestens 2020 und sparsamerer Energieverbrauch in der Industrie. Angesichts des neuen Klimaabkommens wirkt das Vorhaben, die Braunkohletagebaue Garzweiler und Hambach in NRW zu erweitern, nur noch absurd. **[Gerne]**



Gegen Kohle, für den Klimaschutz: aktuell-Redakteurin Linda Gerner berichtet von den COP21-Protesten aus Paris. (Fotos: Gerne)

Befristeter Arbeitsvertrag sorgt für Rechtsstreit



Wer klopft und klingelt? Das Büro des Rektors ist das einzige mit Schelle und Türspion. (Foto: mac)



Rektor Ulrich Radtke. (Foto: Gerne)

Wieviel Einfluss darf das Wissenschaftsministerium auf die Universität Duisburg-Essen nehmen? Diese Frage wurde jetzt vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen geklärt. Streitpunkt war der Druck des Ministeriums, den auf nur acht Monate und sechs Tage befristeten Arbeitsvertrag einer Mitarbeiterin nach ihrer Elternzeit zu verlängern. Ersten Berichten zufolge soll es Drohungen am Telefon gegeben haben, das Ministerium spricht dagegen von „ganz normalen Vorgängen“.

Wer sich an der Uni als Mitarbeiter*in bewirbt, muss leider meist mit einem befristeten Arbeitsverhältnis rechnen. Oft benötigen Lehrstühle die studentischen Aushilfen nur für ein oder zwei Semester, danach ist Schluss. So ging es auch einer Mitarbeiterin, die nach ihrer zweiten Elternzeit eine Verlängerung des Arbeitsvertrags um acht Monate und sechs Tage erhielt. Die Mutter der Betroffenen schrieb daraufhin einen Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, in dem auf die für die Mitarbeiterin vorteilhaftere Lösung beim ersten Kind hingewiesen wurde. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die Uni den Vertrag noch um zwei Jahre verlängert. Dass die Briefschreiberin eine Freundin von Kraft ist, wie von einigen Zeitungen berichtet wurde, bestreitet die Staatskanzlei. Zwar haben Kraft und die Mutter der Betroffenen vor 20 Jahren im selben Verein Handball gespielt, darüber hinaus würden sich die beiden aber nicht kennen. Der Brief wurde von Krafts Büro an das Wissenschaftsministerium weitergeleitet, mit der Bitte, sich darum zu kümmern.

Wie das Ministerium Druck ausgeübt haben soll, die Frau weiter zu beschäftigen, ist noch unklar. Laut Ministeriumssprecher Hermann Lamberty sei überhaupt kein stärkerer Einfluss genommen worden. Er spricht von einem „ganz normalen Vorgang“, der stan-

dardgemäß bearbeitet wurde. Dem gegenüber steht der Bericht über ein Telefonat eines Ministeriumsmitarbeiters mit Ulrich Radtke, Rektor der Universität Duisburg-Essen. In dem Telefonat sei Radtke gedroht worden, einen Vermerk zu erstellen und an Ministerpräsidentin Kraft und Wissenschaftsministerin Schulze weiterzuleiten. Lamberty sagte, das Zitat stamme nicht aus einem Telefonat, sondern sinngemäß aus einer Mail. Mit wie viel Nachdruck das Ministerium tatsächlich versucht hat, die Weisung durchzusetzen und damit Einfluss auf die Personalpolitik der Uni zu nehmen, bleibt also noch zu klären. Vor Gericht hob das Ministerium die Weisung übrigens auf, weswegen es zu keiner Urteilsprechung kam. Scurril ist jedoch einmal wieder der plötzliche Aktenverlust in deutschen Behörden. Als das Verwaltungsgericht die Akten zu dem Vorgang einsehen wollte, waren sie laut eines Referatsleiters des Wissenschaftsministeriums nicht mehr aufzufinden.

Kritik an befristeten Arbeitsverträgen

Inzwischen hat die Universität Duisburg-Essen eine Stellungnahme veröffentlicht, welche das Ministerium entlastet. Es heißt, dass weder Ministerpräsidentin Kraft, noch Wissenschaftsministerin Schulze versucht hätten, Einfluss auf die Entscheidung der Verlängerung zu nehmen. Stattdessen wird von „unterschiedlichen Rechtsauffassungen“ gesprochen. Der AStA hat ebenfalls ein Schreiben geteilt, in dem die Einflussnahme durch das Wissenschaftsministerium kritisiert wird. „Sollten die Vorwürfe stimmen, so handelt es sich hierbei um einen Skandal“, sagt AStA Vorsitzende Saskia „Joey“ Strasdat. Nils Kriegeskorte, Referent für Hochschulpolitik, merkt an: „Neben diesem Fehlverhalten wird allerdings auch die Thematik der Befristungen auf die Tagesordnung gebracht werden müssen.“ Er sieht die Befristung von acht Monaten und sechs Tagen nach einer Schwan-

gerschaft als „höchst unsozial“ und kritisiert das Vorgehen der Uni, den Mitarbeiter*innen hauptsächlich befristete Arbeitsverträge anzubieten. Dies sei „ein Unsicherheitsfaktor und eine Belastung für die Mitarbeitenden.“ [dav]

Herausgeber*innenwechsel

Seit dem 10. Dezember hat der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) zwei neue Vorsitzende: Marcus Lamprecht und Saskia „Joey“ Strasdat. Herausgeber dieser Zeitung ist laut Zeitungsstatut der AStA, vertreten durch den Vorstand. Der bisherige Herausgeber, Felix Lütke, wird somit in seiner Rolle als Herausgeber von Marcus Lamprecht und Saskia „Joey“ Strasdat und dem weiteren neuen Vorstand abgelöst. Die aktuell bedankt sich bei Felix Lütke für die fast dreijährige Herausgebertätigkeit und hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit den neuen Herausgeber*innen.

Richtigstellung

Im Artikel „Wahlshitstorm im Sozialen Netz“ der aktuell-Ausgabe Nummer 116 vom 2. Dezember ist uns ein Fehler unterlaufen. Im Artikel hieß es: „Tatsächlich hatten vor allem konservative Wahlkämpfer*innen den United Students Islamismus vorgeworfen. Eine Anfrage der aktuell beim CDU-nahen Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) auf die Vorwürfe blieb bislang unbeantwortet.“ Hierzu möchten wir richtigstellen: In einer ersten Interview-Anfrage an den RCDS haben wir nicht nach den Islamismus-Vorwürfen gefragt. Die aktuell entschuldigt sich für diesen Fehler.

Star Wars: Saga oder Komödie?



Ganz viel Merchandise: Kult oder doch eher Komik? (Foto:dav)

Für die Einen ist es der meist erwartete Kinofilm des Jahrzehnts und die Fortsetzung einer legendären Saga, für die Anderen eine blöde Weltraumkomödie ohne Tiefgang. Star-Wars Episode VII „Das Erwachen der Macht“ kommt am 17. Dezember in die Kinos. Ein Grund, sich die bisherigen Werke mal genauer anzuschauen – aus zwei verschiedenen Blickwinkeln.

Wenn man zu Star Wars sagen würde „Ich liebe dich“, kann die Antwort nur „Ich weiß“ heißen. Welches Kind würde nicht gerne mit Lichtgeschwindigkeit durch die Galaxis fliegen, gegen einen schwarz maskierten Gegner mit röchelndem Atem kämpfen oder fremde Planeten entdecken? Dabei weist Star Wars keine sonderlich tiefgehenden Charakterköpfe auf und JarJarBinks könnte eine der nervigsten Filmfiguren überhaupt sein, aber darum geht es nicht. Star Wars ist bildgewaltig, es lebt von Effekten, liebevoller Szenerie, Atmosphäre und wunderbarer Filmmusik. Mit dem jungen Anakin Skywalker in Podrennen zu fahren, zusammen mit Luke den Todesstern zu zerstören oder in der Eiswüste Hoths gegen das Imperium zu kämpfen – Star Wars zieht in den Bann und verschlingt. Das Geräusch eines Laserschwertes, Chewbaccas Rufen oder das Piepen von R2D2 reichen aus, um Bilder im Kopf zu erzeugen. Welche andere Filmreihe schafft das mit solch spielerischer Leichtigkeit? Star Wars ist der Kampf Gut gegen Böse, Schwarz gegen Weiß, ohne das Grau, das es uns in dieser Welt so schwer macht uns zu entscheiden. Der Kampf des Underdogs gegen einen übermächtig scheinenden Gegner.

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Ein Duell wie David gegen Goliath, FSV Salmrohr gegen FC Bayern München oder der örtliche kleine Buchladen gegen Amazon. Zugegeben, bei der Ankündigung der Fortsetzung war ich skeptisch, doch nach zehn Sekunden des ersten Trailers hat es mich gepackt und ich war wieder der kleine Junge der mit großen Augen die Raumschiffe anschaut. Sicherlich kann man die Kommerzialisierung kritisieren. Ob es wirklich notwendig ist einen Duschvorhang oder eine Zahnbürste von Star Wars zu besitzen, muss wohl jede*r für sich entscheiden. Für mich ist Star Wars sowieso viel mehr als die Filme und das Merchandise – es ist

ein ganzes Universum, eine Parallelwelt, die zum großen Teil auch wir als Fans selbst aufgebaut haben. Möge die Macht mit euch sein. [dav]

Star Wars: Eine missverstandene Komödie.

Über Kunst lässt sich bekanntlich streiten. Unterschiedliche Menschen kommen zu unterschiedlichen Deutungen. Aber in einem Punkt sollten sich doch alle im Klaren sein: Star Wars ist kein Science Fiction-Film, sondern eine durchweg gelungene Komödie. Sogar Mark Hamill, der die Figur des Luke Skywalkers verkörperte, bestätigt das in einem Buch, das sich mit dem Hype rund um Star Wars beschäftigt. Es sei zu absurd, dass sich zwei Roboter über die Schuld an x-beliebigen Situationen streiten, ein Bauernjunge total verrückt nach einer Prinzessin ist, die er bislang nur via eines Hologramms gesehen hat oder dass ein – von ihm als Riesenhund identifiziertes – Wesen namens Chewbacca ein Raumschiff fliegt. Gut, im letzten Punkt hat Hamill Unrecht. Jede*r erkennt natürlich, dass es sich bei Chewbacca, des tragenden Charakters dieser humoristischen Weltraum-Reise, um einen Bären handelt, dessen emotionale Artikulation letztlich die entscheidenden Schlüsselszenen für einen Lachanfall bietet. Da ist es umso erfreulicher, dass es hierzu mittlerweile eine Vielzahl an Merchandise-Artikeln gibt: Von Bären-Apps (zu empfehlen ist die Wookie-Box) fürs Smartphone bis zu Chewbacca-Weckern, die den*die glückliche*n Besitzer*in jeden Tag mit einem herzerfüllten „Wha! snort-snort-snort!“ aus dem Reich der Träume holen. [fro]

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Daniel Veutgen (dav), Britta Rybicki (BRIT), Simon Kaupen (ska), Björn Gögge (bjg), Marie Eberhardt (mal), Linda Gerner (Gerne), Philipp Frohn (fro)
V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

		8		1		
5		6	7	8		1
		3	9		8	
7			1	2		
	3	1			7	2
			8	7		3
		5		6	4	
4		8	5	6		7
		4		9		

WOHNHEIMGESCHICHTEN

